

Antrag I03: Transfeindlichkeit entschlossen entgegentreten - In Gesellschaft, Hochschule und Politik

Laufende Nummer: 60

Antragsteller*in:	Juso-Hochschulgruppe Ulm
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	I - Inklusion und Antidiskriminierung

- 1 **Transfeindlichkeit und Gewalt gegenüber genderqueeren Personen entschlossen**
2 **entgegentreten - In Gesellschaft, Hochschule und Politik**
- 3 **Die Situation von TIN-Personen [1]**
- 4 Der Begriff TIN steht für trans*[2], inter*[3] und nichtbinär[4] und dient als
5 Sammelbegriff für Menschen, die sich nicht in die herrschende binäre
6 Geschlechterordnung einordnen und/oder sich nicht (nur) dem ihnen bei der Geburt
7 zugewiesenen Geschlecht zugehörig wissen.
- 8 Diese Abweichung vom zutiefst kapitalistischen und patriarchalen Bild ~~zum-~~
9 ~~gesellschaftlichen Bild von "Mann" und "Frau"~~ trifft gerade auch in konservativen
10 Kreisen auf große Abneigung. Die durch das Patriarchat vorgegebene "natürliche
11 Ordnung" wird hierdurch infrage gestellt und die angebliche Sicherheit, die dieses
12 binäre System bieten soll, wird angefochten. ~~Durch die Ausgrenzung von TIN-Personen-~~
13 ~~und die Ablehnung ihrer als transgressiv wahrgenommenen Identität, wird der Versuch-~~
14 ~~unternommen bestehende Vorstellungen von Geschlecht aufrechtzuerhalten.~~ Dadurch
15 kommt es immer wieder zur Ausgrenzung von TIN-Personen und durch die Ablehnung ihrer
16 Existenz wird versucht, die gesellschaftlich nützliche Ordnung geschlechtlicher
17 Arbeitsteilung zu bewahren und patriarchale Machtverhältnisse zu sichern. Hierbei
18 kommt es oft zu Überschneidungen mit antifeministischen Bestrebungen.
- 19 Infolgedessen sind unter anderem trans Personen, inter Personen, nichtbinäre und
20 agender Personen häufig mit Marginalisierung, Diskriminierung und sogar Gewalt
21 konfrontiert. Auch auf struktureller und institutioneller Ebene findet sich diese
22 Ausgrenzung wieder: zum Beispiel in der Pathologisierung der "Transsexualität" bzw.
23 "Störung der Geschlechtsidentität" als eine Art von Erkrankung. Durch das
24 Selbstbestimmungsgesetz (SBGG)[5] wurde gerade im Hinblick auf den sehr demütigenden
25 Diagnostikprozess, den TIN-Personen durchlaufen mussten, um die Änderung des
26 Geschlechtseintrages durchführen zu dürfen, einiges erleichtert. Gesellschaftlich
27 sehen sich diese Menschen jedoch noch immer Anfeindungen ausgesetzt.
- 28 So ist es immer noch üblich, dass viele nach ihrem Coming out weiterhin mit ihrem
29 Deadname[6] und ihrem zu Geburt zugewiesenen Geschlecht adressiert werden, ihre
30 Geschlechtsidentität und sexuelle Orientierung nicht anerkannt oder abgesprochen
31 wird, oft im Versuch diese wieder mit heteronormativen[7] Vorstellungen in Einklang
32 zu bringen.
- 33 Trans* Personen gehen aus an LGBTQIA+ [8] Zielgruppen gerichteten Studien als eine
34 besonders vulnerable und stark von Diskriminierung betroffene Gruppe hervor.
- 35 Auch die EU LGBTIQ Survey 2023 ergab, dass beinahe jede dritte trans* Person
36 Diskriminierung am Arbeitsplatz erlebte und das inter* Personen gerade in Bereichen
37 wie Job- und Wohnungssuche oft unter Diskriminierung leiden. Bei Gewaltverbrechen

kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass physische und sexuelle Gewalt gegenüber TIN Personen, insbesondere gegenüber trans* Frauen im Durchschnitt häufiger auftritt als bei anderen Befragten. Durch Hass motivierte Schikanierung nahm im Vergleich zur Studie von 2019 um beinahe das Doppelte zu (von 42% auf 74% bei inter*, und von 47% auf 69% bei trans* Personen).

Besorgniserregende Entwicklungen in der deutschen Bundespolitik

In der deutschen Politik zeigen sich zunehmend trans*feindliche Tendenzen. Von rechten und konservativen Akteuren wird zudem stark am Konzept des binären Geschlechts festgehalten. Die AfD setzt sich stark dafür ein, bestehende Bildungs- und Aktionspläne gegen Homo- und Transphobie zu beenden und das Antidiskriminierungsgesetz abzuschaffen. Der Abgeordnete Horst Förster äußerte zum Beispiel zum Thema Trans*identität, dass es Zeit sei, „ein Grundrecht auf Normalität auszurufen, das heißt, unbelästigt so zu sein, wie es der natürlichen Ordnung und unseren kulturellen Vorstellungen entspricht.“ Diese Aussage wie auch viele andere zeugt von einer tiefen Abneigung gegenüber trans* Personen und dem Wunsch, Andere in eine traditionalistische Gesellschaftsordnung zu zwingen.

Auch innerhalb der CDU/CSU werden trans*feindliche Tendenzen immer klarer sichtbar. Mitte Juli 2025 stellte Innenminister Alexander Dobrindt (CDU) die Forderung nach einem zusätzlichen Eintrag im Melderegister für die Änderung des Geschlechtseintrags. Gemeinnützige Verbände, die sich für die Rechte von (gender-) queeren Personen einsetzen sehen darin eine Gefahr für das Offenbarungsverbot, welches im SBGG festgehalten wurde, erzwungene Outings verhindern soll und durch einen zusätzlichen Eintrag im Melderegister konterkariert werden würde.

Der Koalitionsvertrag der amtierenden Regierung nennt keine klaren Vorhaben in Bezug auf den Schutz queeren Lebens in Deutschland. Zudem soll der Fortbestand des SBGG in seiner jetzigen Form von der Koalition erneut evaluiert werden. Dabei wird sich an Diskussionen aufgehalten, in denen Argumente vorgeschoben werden, die Zweifel an der Ehrlichkeit der Betroffenen schüren, anstatt darauf hinzuwirken, dass sich die Situation von trans*Personen, inter*Personen und nichtbinären Personen real verbessert. Diese Annäherung an bestehende trans*feindliche Narrative lehnen wir ab.

Zugleich sehen wir, dass auch sozialdemokratische Akteur*innen in Europa - aus politischem Opportunismus oder aufgrund eines unzureichenden Verständnisses struktureller Diskriminierung - zunehmend transfeindliche Narrative reproduzieren, anstatt ihnen entschieden entgegenzutreten. Als Juso-Hochschulgruppen stellen wir uns diesen Rückschritten innerhalb der europäischen Sozialdemokratie entschieden entgegen. Das beinhaltet auch eine entschiedene Positionierung, wenn sich solche Entwicklungen zukünftig in der SPD ergeben sollten.

Wir kritisieren das Urteil und die Folgen des britischen supreme courts, welches trans Frauen im Hinblick auf Gleichberechtigung nicht länger als Frauen erachtet. Wir erwarten, dass sich Labour klar gegen Transfeindlichkeit positioniert.

Unsere Position als Juso-Hochschulgruppen muss klar sein!

Als Juso-Hochschulgruppen stehen wir weiterhin unverbrüchlich an der Seite aller marginalisierter Gruppen. Hierzu zählt auch der Einsatz für die Rechte von trans*, inter* und nichtbinären Personen. Als Juso-Hochschulgruppen wollen wir unseren politischen Einfluss an den Hochschulen dafür nutzen, Betroffenen eine Stimme zu

geben und uns auch hochschulintern für ihre Rechte stark machen. Auch in unserem öffentlichen Auftreten wollen wir trans*Personen, inter*Personen, agender Personen und nichtbinären Personen und deren Diskriminierung zu mehr Gehör verhelfen und uns deutlich positionieren.

Nicht selten verweigerten Hochschulen vor der Einführung des Selbstbestimmungsgesetzes eine Anerkennung von Namensänderungen auf Basis eines Ergänzungsausweises [9]. Noch immer bestehen an vielen Hochschulen vergleichbare Probleme. Wir wollen unseren hochschulpolitischen Einfluss vor Ort nutzen, um diese Verwaltungshürden zu überwinden.

Im Rahmen unserer Möglichkeiten wollen wir studentischen Initiativen, die sich für die Rechte von queeren und genderqueeren Personen einsetzen, an den Hochschulen in ihrem Kampf für ihre Rechte unterstützen und uns dafür einsetzen, dass diese innerhalb der verfassten Studierendenschaften mit adäquaten Ressourcen ausgestattet werden.

Unsere Position ist klar: Auch innerhalb der Juso-Hochschulgruppen darf es keinen Platz für Transfeindlichkeit und Ausgrenzung auf Basis der Geschlechtsidentität geben!

Vielmehr wollen wir uns dafür einsetzen auch innerhalb unserer Strukturen weiterhin Räume zu schaffen, in welchen sich trans*, inter, agender und nonbinäre Personen willkommen fühlen. Dazu zählt auch die Berücksichtigung von nichtbinären Personen in der Formulierung von Satzungen und bei der Quotierung von Ämtern.

Konkret fordern wir:

- die unbürokratische Anerkennung von Namens- und Geschlechtseintragsänderungen in den Hochschulverwaltungen
- ein Festhalten am Offenbarungsverbot und das Vermeiden von erzwungenen Outings
- die Berücksichtigung von nichtbinären Personen in der Formulierung von Satzungen und bei der Quotierung von Ämtern
- Solidarisierung mit trans* Personen und entschlossene Positionierung gegen Transfeindlichkeit auch im Rahmen unserer Öffentlichkeitsarbeit
- Keine Kooperation mit Personen, die sich in der Vergangenheit offen transfeindlich geäußert haben
- Transfeindlichkeit innerhalb der eigenen Strukturen zu erkennen und zu bekämpfen

Begriffserklärungen:

[1] TIN: Trans*, inter* und nichtbinäre Personen.

[2] trans*: Als trans* bezeichnen sich viele Menschen, die sich nicht (nur) dem ihnen bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht zugehörig wissen.

[3] inter*: Als inter* bezeichnen sich viele Menschen, deren körperliche Geschlechtsmerkmale (Chromosomen, Gonaden, Genitalien oder das Mengenverhältnis der Hormone) nicht alle den medizinisch-normativen Geschlechterkategorien männlich oder weiblich entsprechen.

[4] nichtbinär: Nichtbinäre Menschen verorten sich selbst zwischen den binären Polen des geschlechtlichen Spektrums („männlich“/„weiblich“) oder außerhalb davon. Für manche verändert sich ihre Geschlechtsidentität mit der Zeit, ist also „fluide“. Der

- 126 Begriff „nicht-binär“ will deutlich machen, dass Menschen geschlechtliche Identität
127 in mehr als zwei Ausprägungen (er)leben.
- 128 [5] Selbstbestimmungsgesetz: 2024 verabschiedetes Gesetz, das trans-,
129 intergeschlechtlichen und nichtbinären Personen die Änderung ihres
130 Geschlechtseintrags erleichtert.
- 131 [6] Deadname: Der alte, von der betreffenden Person nach Namenswechsel nicht mehr
132 verwendete Vorname.
- 133 [7] Heteronormativität: eine gesellschaftliche Vorstellung, in der Heterosexualität
134 und eine binäre Geschlechterordnung (Mann und Frau) als die einzig normale und
135 natürliche Norm gelten.
- 136 [8] LGBTQIA+: Abkürzung für die Begriffe Lesbisch, Schwul, Bisexuell, Transgender,
137 Queer, Intersexuell, Asexuell und weitere Identitäten.
- 138 [9] Ergänzungsausweis: Ausweispapier, das die selbstgewählten persönlichen Daten von
139 trans* Personen dokumentiert.